



Renate Künast

Mitglied des Deutschen Bundestages
Bündnis 90/Die Grünen



Leon Eckert

Mitglied des Deutschen Bundestages
Bündnis 90/Die Grünen

Renate Künast, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

Klimamitbestimmung e.V.
Postfach 12 03 38
10593 Berlin

Berlin, 23.07.2024

Antwort auf den Offenen Brief von Klimamitbestimmung e.V. und weiteren Organisationen bezüglich der Empfehlungen des Bürgerrates „Ernährung im Wandel“

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns herzlich für den Offenen Brief zum Bürgergutachten des ersten vom Deutschen Bundestag beauftragten Bürgerrates zum Thema *Ernährung im Wandel* anlässlich der parlamentarischen Aussprache im Bundestagsplenum 14.03.2024. Hierin bitten Sie unsere und alle übrigen Fraktionen des Bundestages, „eine Unterstützung und Ablehnung jeder einzelnen Empfehlung öffentlich und nachvollziehbar zu begründen.“

Dem kommen wir gern entgegen – vorbehaltlich der fortlaufenden internen Diskussion der Empfehlungen. Als Grüne Bundestagsfraktion haben wir uns sehr für die Einrichtung der ersten Bürgerrats des Deutschen Bundestags stark gemacht. Am 12.04.2024 haben wir Vertreter:innen des Bürgerrats, des wissenschaftlichen Beirats und der Zivilgesellschaft zu einem öffentlichen Fachgespräch eingeladen, um mehr zur Entstehung der Empfehlungen zu erfahren und eine erste Einschätzung der Empfehlungen zu geben. Seitdem findet ein intensiver, interner Austausch zu allen Empfehlungen statt. Auch mit den Koalitionspartnern sind wir im Gespräch, um Maßnahmen zu identifizieren, die auf breite Unterstützung stoßen.

Alle neun Empfehlungen befinden sich derzeit in der parlamentarischen Befassung. Im federführenden Ernährungsausschuss fand am 10.04.2024 eine Anberatung mit mehreren Mitgliedern des Bürgerrats statt. Ein öffentliches Fachgespräch des Ausschusses wurde zur ersten Forderung nach einem kostenfreien Mittagessen für alle Kinder am 13.05.2024 veranstaltet. Auch hierzu waren Mitglieder des Bürgerrats sowie des wissenschaftlichen Beirats des Ernährungsrats geladen. Weitere Befassungen in den jeweils für die Empfehlungen zuständigen Ausschüssen sind in Planung. Vor der Rücküberweisung ins Plenum wird es eine Beschlussfassung des Ernährungsausschusses geben.

1. Kostenfreies Mittagessen für alle Kinder

Dem Bürgerrat war bei der Abstimmung über diese Empfehlung klar, dass nicht der Bund, sondern die Länder für Schulen und Kitas zuständig sind. Wir können von Bundeseite nur unterstützen, wenn eine große Anzahl von Bundesländern mit der Finanzierung beginnen würde. Nicht zu unterschätzende rechtliche Hürden müssten dabei genommen werden.

Die Kosten liegen in Milliardenhöhe. Auch wenn sich die Maßnahme doppelt bezahlt macht durch bessere Bildungschancen und geringere Kosten für ernährungsbedingte Krankheiten, die die

Gesellschaft zu tragen hat, ist eine schnelle Umsetzung aufgrund der Haushaltslage kurzfristig nicht realisierbar.

Ebenso wichtig ist uns die Empfehlung des Bürgerrats, die DGE-Qualitätsstandards flächendeckend anzuwenden, mindestens 30% Biolebensmittel zu verwenden und zusätzlich auf Regionalität und Saisonalität zu achten. Deshalb fand im Mai fand das oben genannte öffentliche Fachgespräch mit Sachverständigen und Vertreter:innen des Bürgerrates und des wissenschaftlichen Beirates zu dieser Empfehlung des Bürgerrats im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft statt.

2. Bewusstes Einkaufen leicht gemacht durch ein verpflichtendes staatliches Label

Ein solches Nachhaltigkeitslabel für die Bereiche Klima, Tierwohl und Gesundheit befürworten wir, sofern es auf einer soliden, wissenschaftlichen Grundlage steht und auch systemische Faktoren berücksichtigt. Ebenfalls muss das Label für Verbraucher:innen trotz seiner Komplexität mit einem Blick erfassbar sein, da das Ziel eines jeden Labels sein sollte, die Entscheidung beim Einkauf zu erleichtern. Zunächst wollen wir aber eine verpflichtende, staatliche Tierhaltungskennzeichnung und eine EU-weit verbindliche Nährwertkennzeichnung auf den Weg bringen, mit der Verbraucher:innen auf einem Blick den gesundheitlichen Wert bei verarbeiteten Lebensmitteln beurteilen können. Das grüne Landwirtschaftsministerium arbeitet derzeit mit Hochdruck an der Haltungskennzeichnung für Produkte unterschiedlicher Tierarten und setzt sich auf EU-Ebene dafür ein, dass der seit 2020 in Deutschland freiwillig angewendete Nutri-Score als verpflichtende Nährwertkennzeichnung in Europa gilt. Der parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung plant, zur Empfehlung des Bürgerrats zum Thema Nachhaltigkeitslabel ein öffentliches Fachgespräch durchzuführen.

3. Verpflichtende Weitergabe von genießbaren Lebensmitteln durch den Lebensmitteleinzelhandel

Wir unterstützen die Empfehlung. In der Koalition haben wir uns vorgenommen, Haftungsfragen zu prüfen und steuerrechtliche Erleichterung für Spenden zu ermöglichen. Der Ernährungsausschuss plant ein öffentliches Fachgespräch zu dieser Empfehlung des Bürgerrats im September 2024. Zur Empfehlung, die Definition von Genießbarkeit möge sich nicht nur am Mindesthaltbarkeitsdatum, sondern auch an weiteren handelsüblichen Gütekriterien (z.B. optische Begutachtung) orientieren, hat die EU-Kommission im Februar 2023 einen Verordnungsentwurf vorgelegt. Sie schlägt vor, den Wortlaut „mindestens haltbar bis...“ mit dem Zusatz „Oft länger gut“ zu ergänzen. Das BMEL unterstützt das Vorhaben und setzt sich darüber hinaus dafür ein, die Liste der Lebensmittel zu erweitern, die von der Verpflichtung zur Angabe eines Mindesthaltbarkeitsdatums befreit sind. Unser Ziel ist es, die Lebensmittelabfälle in Deutschland bis zum Jahr 2030 um die Hälfte zu reduzieren.

4. Lebensbedingungen und Herkunft von Tieren transparent darstellen

Diese Empfehlung wird von der Ampelkoalition Schritt für Schritt umgesetzt. Ein verpflichtendes staatliches Label zur Tierhaltungskennzeichnung haben wir der Regierungskoalition bereits eingeführt. Die Kennzeichnung für Schweinefleisch ist bereits in der Umsetzung. Sie wird im nächsten Schritt auf die Außer-Haus-Verpflegung ausgeweitet. Danach soll die Kennzeichnung auf Rinder und Geflügel ausgedehnt werden. Wir freuen uns über die breite Zustimmung des Bürgerrats zu diesem wichtigen Tierschutz-Anliegen.

5. Fördern statt Fordern – neuer Steuerkurs für Lebensmittel

Aus ernährungspolitischer Sicht wäre eine umfassende Reform der Umsatzsteuer wünschenswert, die systematische Ungleichbehandlungen abschafft und soziale und ökologische Ziele besser berücksichtigt. Eine Nullbesteuerung von Obst, Gemüse und Hülsenfrüchten, ein geringerer Steuersatz für Milchalternativen und Fleischersatzprodukte oder ein höherer Steuersatz für Milchprodukte und für Fleisch der niedrigen Haltungsstufen laut Tierhaltungskennzeichnung sowie

für Zucker würde Impulse für eine gesündere und klimafreundlichere Ernährung setzen. Allerdings wirkt die Absenkung der Mehrwertsteuer nur dann, wenn die Unternehmen sie auch an die Verbraucher:innen weitergibt. Das zu gewährleisten ist schwierig. Deshalb ist der Weg, die oben genannten Ziele zu erreichen noch nicht klar und innerhalb der Fraktion noch nicht abgestimmt. Der Finanzausschuss des Bundestages plant eine Befassung mit der Empfehlung des Bürgerrates zum Thema Mehrwertsteuer.

6. Gesunde, ausgewogene und angepasste Gemeinschaftsverpflegung in allen Pflegeeinrichtungen

Der Bürgerrat empfiehlt, die DGE-Standards flächendeckend in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen einzuführen. Diese Maßnahme sieht auch die Ernährungsstrategie der Bundesregierung vor. Ein neues Referat im BMEL widmet sich der Etablierung der DGE-Standards in der Gemeinschaftsverpflegung. Zur Umsetzung eines gesunden Essens in der Pflege zählt die Aufnahme von Vorgaben zur Verbesserung der Ernährung in den Qualitätsmanagement-Richtlinien ebenso wie die Aufnahme von Ernährung unter „Gesundheitskosten“ statt im „Facility Management“. Neben dem Bund können und müssen Krankenhäuser, Krankenkassen und der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) zum Gelingen beitragen. Im Parlament wird sowohl der Gesundheitsausschuss als auch der parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung diese Empfehlung des Bürgerrates diskutieren.

7. Verbrauchsabgabe zur Förderung des Tierwohls

Ein Tierschutzcent auf Fleisch und tierische Produkte, der dem Umbau der Tierhaltung zu weniger Tieren, die besser gehalten werden, zugutekommt, ist eine bekannte grüne Forderung. Sie wurde und wird in der Regierungskoalition im Zusammenhang mit der Tierhaltungskennzeichnung und der Förderung des Bundes zum Stallumbau intensiv diskutiert. Der Bund stellt Landwirten etwa 1 Milliarde EUR zum tiergerechteren Umbau von Schweineställen zur Verfügung. Die Haltungskennzeichnung mit einem staatlich verpflichtenden Siegel, das in 5 Stufen auf Schweinefleisch die Art der Tierhaltung sichtbar macht, befindet sich in der Umsetzung. Es wird ebenfalls für die Außer-Haus-Verpflegung eingeführt und soll auf Rinder und Geflügel ausgedehnt werden.

8. Altersgrenze für Energydrinks

Namhafte Kinder- und Jugendärzte, die Gesellschaft der Europäischen Kinderkardiologen sowie Expert:innen der Weltgesundheitsorganisation und der Verbraucherzentrale Bundesverband sprechen sich für eine Altersgrenze für Energydrinks aus. Der Verkauf von Energydrinks an Personen unter 18 Jahren ist in Lettland und Litauen sowie seit diesem Jahr auch in Polen und Rumänien verboten. In Ungarn und Dänemark wird ebenfalls eine solche Altersbeschränkung diskutiert. In einigen europäischen Ländern bestehen freiwillige Vereinbarungen zur Altersbeschränkung für den Verkauf von Energydrinks, dies gilt z.B. für die Niederlande, Schweden und Estland, wo ebenfalls aktuell über eine gesetzliche Altersbeschränkung debattiert wird.

Das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) führt in Zusammenarbeit mit der Charité eine vertiefte Studie zu den gesundheitlichen Auswirkungen des Konsums von Energydrinks bei Jugendlichen durch, deren Ergebnisse im Jahr 2025 vorliegen werden. Der Ernährungsausschuss wird sich dem Thema im September 2024 mit einem öffentlichen Fachgespräch widmen.

9. Mehr Personal für Lebensmittelkontrollen und bessere Transparenz der Ergebnisse für die Öffentlichkeit

Die Forderung unterstützen wir, wobei die Zuständigkeit für Lebensmittelkontrollen bei den Bundesländern liegt. Die Berufsordnung für Lebensmittelkontrolleurinnen und Lebensmittelkontrolleure wird derzeit novelliert und befindet sich in der Abstimmung zwischen Ministerium und Bundesländern. Transparenz über die Ergebnisse von Lebensmittelkontrollen herzustellen, ist eine langjährige grüne Forderung.

Auch die Querschnittsaufgabe der Ernährungsbildung auf allen Ebenen wird von der grünen Bundestagsfraktion unterstützt. Die Umsetzung aller Empfehlungen des Bürgerrats ist eine Aufgabe für alle staatlichen Ebenen. Auf Bundesebene setzt es eine Einigung innerhalb der Ampelkoalition voraus. Wir danken dem Bürgerrat „Ernährung im Wandel“ herzlich für sein großes Engagement und für die positiven Wellen, die seine Empfehlungen bereits jetzt in der Öffentlichkeit wie im Parlament geschlagen haben. Auf diesen Wellen reitend, hoffen wir die eine oder andere Empfehlung in Regierungshandeln umsetzen zu können, um die Weichen in Richtung einer gesunden Ernährung zu stellen – gesund für uns und für unseren Planeten.

Wir bitten um Weiterleitung des Offenen Briefs an die Organisationen, die ihn mitgezeichnet haben.

Mit herzlichen Grüßen,



Renate Künast MdB
Sprecherin der AG Ernährung und Landwirtschaft der Bundestagsfraktion Bündnis 90/die Grünen



Leon Eckert MdB
Berichterstatte für Bürgerräte der Bundestagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen